

Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Soziales und Gesundheit -

## Tagesordnung I Punkt 1 der öffentlichen Sitzung am 02. Juli 2014

Vorlagen-Nr. 14-F-33-0036

## Prostitution in Wiesbaden

- Antrag der Fraktion SPD und CDU vom 19.3.2014 -

(- Beschluss des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 19.3.2014 -)

Der Magistrat wird gebeten,

Vertreter des Ordnungsamtes, der Polizei und des Gesundheitsamtes in die nächste Sitzung des Ausschuss für Soziales und Gesundheit einzuladen, um nach Möglichkeit folgende Fragen zu beantworten:

- 1. Welche Beratungsangebote in städtischer und freier Trägerschaft gibt es zur sozialen und gesundheitlichen Betreuung von Prostituierten in Wiesbaden?
- 2. Wie wird die STD-Sprechstunde (Beratung zu sexuell übertragbaren Krankheiten) des Gesundheitsamts für Prostituierte angenommen und was beinhaltet das Beratungsangebot?
- 3. Wohin können sich Personen in Wiesbaden wenden, wenn sie aus der Prostitution aussteigen möchten?
- 4. Welche Unterstützungsmöglichkeiten bietet die Landeshauptstadt Wiesbaden Prostituierten (zum Beispiel durch das kommunale Jobcenter)?
- 5. Was ist über die Wohn- und Lebensbedingungen von Prostituierten in Wiesbaden bekannt?
- 6. Ist bekannt, wie viele Prostituierte "freiberuflich tätig" oder "angestellt" sind?
- 7. Welche Formen der Wohnungsprostitution gibt es und wie häufig kommen sie vor?
- 8. Sind in den letzten zehn Jahren strafrechtliche Ermittlungen in Fällen von Zwangs- und /oder Kinderprostitution sowie Menschenhandel in Wiesbaden abgeschlossen geworden?
- 9. Gibt es Konzepte z.B. im präventiven Bereich, um vor allem Kinder und Jugendliche zu schützen (ggf. auch in Zusammenarbeit mit der Kriminalpolizei)?

## Beschluss Nr. 0101

- 1. Der Antrag ist durch die Berichte von Herrn Dr. Meireis (Gesundheitsamt), Herrn Bastian (Ordnungsamt), Frau Noll (Solwodi e.V.) und Frau Niesner (FIM e.V. Frankfurt) erledigt.
- 2. Der Magistrat wird gebeten, den Fraktionen

die Zahlen zu STD (sexually transmitted diseases) zur Kenntnis zu geben.

Seite: 1/2

- 3. Der Magistrat wird gebeten, die nachfolgenden Fragen zu beantworten :
  - Was genau zählt als Prostitutionsstätte (welche Formen)?
  - Auf welcher Grundlage wird die Anzahl der Prostituierten ermittelt? 2.
  - 3. An wen kann man sich bei der Polizei wenden, wenn Straftaten (wie z.B. Vergewaltigungsschilderungen) im Internet entdeckt werden?
  - Wer ist bei der Polizei für Sexualstraftaten zuständig? 4.
  - Bietet das Gesundheitsamt Qualifizierungsmaßnahmen im Zusammenhang mit 5. Menschenhandel und Zwangsprostitution an?
  - Gibt es Fortbildungsveranstaltungen zu diesem Themenkomplex? 6.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher mit der Bitte um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .07.2014

Weinerth Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher Wiesbaden, .07.2014

Dem Magistrat mit der Bitte um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung

Nickel

Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat Wiesbaden, .07.2014 - 16 -

Dezernat VII mit der Bitte um weitere Veranlassung zu den Ziffern 3.1 bis 3.4 Dezernat VI mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gerich

zu den Ziffern 2 und 3.5/3.6 Oberbürgermeister